

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Montag, 12. Juni 2006, 20.00 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer

Protokoll Gemeindeschreiber Walter Lipp

Anwesend Alle Gemeinderäte

Stimmzähler Leo Truttmann (Obmann)
Danielle Silberschmidt
Ursula Merz-Niedermann
Norbert Niederberger

Anwesend 198 Stimmberechtigte

Zeit 20.00 - 22.10 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2006.

Das Protokoll kann im Internet eingesehen werden.

Begrüssung

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich begrüsse Sie alle recht herzlich zur ersten Gemeindeversammlung im Jahr 2006. Es freut uns, dass trotz Fussballfieber so viele Einwohnerinnen und Einwohner unserer Einladung gefolgt sind.

Die Herbstgemeindeversammlung entfällt. Die nächste Gemeindeversammlung findet somit im Dezember statt.

Einen Gruss richte ich an die anwesende Presse: Herr Marco Morosoli von der Neuen Zuger Zeitung und Herr Silvan Meier vom Zugerbieter.

Die Einladung wie auch die Publikation erfolgten zur rechten Zeit. Die Gemeindeversammlung kann somit ordnungsgemäss als eröffnet erklärt werden.

Von Amtes wegen ist Herr Leo Truttman, Gemeindevorsteher, Chef der Stimmzähler. Wir haben folgende Vorschläge erhalten: Frau Danielle Silberschmidt, Frau Ursula Merz-Niedermann, und Herr Norbert Niederberger. Nachdem keine anderen Meldungen vorliegen, sind diese drei als Stimmzähler gewählt. Ich bitte die Stimmzähler, sich bei Herrn Truttman zu melden.

Einen Hinweis auf das Stimmrecht: Es kann festgehalten werden, dass fünf Nichtstimmrechtige im Saal anwesend sind.

Zu Beginn werden immer die neu eingereichten Motionen und Interpellationen bekannt gegeben. Seit der Drucklegung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

- Motion der FDP Baar betreffend "Verkehr in Baar" vom 20. April 2006:
Diese Motion wird an der nächsten Gemeindeversammlung behandelt.
- Interpellation der Ortsparteien von Baar betreffend Zugerbieter vom 9. Mai 2006:
Diese Interpellation wird heute Abend als Traktandum 11 behandelt.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2005

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil. Das Protokoll wurde ordnungsgemäss aufgelegt.

Antrag

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2005 sei zu genehmigen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Protokoll einstimmig zu.

Traktandum 2

Geschäftsbericht 2005

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Der Geschäftsbericht 2005 wurde Ihnen mit separater Post zugestellt. Es ist das erste Jahr, dass der Geschäftsbericht in einer neuen Form erscheint.

Vom Geschäftsbericht ist lediglich Kenntnis zu nehmen.

Antrag

Vom Geschäftsbericht 2005 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Geschäftsbericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Rechnung 2005

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Sie waren bestimmt erstaunt, als Sie vom Abschluss der Rechnung gehört haben. Dieses Ergebnis hat verschiedene Hintergründe.

Ich bitte zuerst den Finanzchef, Ihnen die Grundzüge der Geschehnisse des letzten Jahres bekannt zu geben.

Finanzvorstand Andreas Hotz:

Wir dürfen auf ein Rechnungsjahr der Superlative zurückblicken, mit einem Ertragsüberschuss, der mit Sicherheit so noch nie da gewesen ist. Es ist ausserordentlich erfreulich, hat aber weniger mit der Arbeit des Gemeinderates zu tun, als mit unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Wie Sie der Langfassung entnehmen konnten, hat die Gemeinde rund CHF 27 Mio. mehr Steuereinnahmen generieren können als budgetiert waren. Man kann dem Gemeinderat den "Vorwurf" machen, er sei nicht in der Lage, ein vernünftiges Budget aufstellen. Diesen Vorwurf nehmen wir entgegen, jedoch können wir hier anführen, dass Faktoren mitspielen, die nicht in unserem Einflussbereich liegen. Es sind dies insbesondere Rückmeldungen der Kantonalen Steuerverwaltung, die Entwicklung der Konjunktur und die Entwicklungen der einzelnen natürlichen und juristischen Personen. Ich möchte darauf hinweisen, dass bei der Reingewinnsteuer juristische Personen rund CHF 12,6 Mio. mehr eingenommen werden konnten. Davon ist ein Betrag in der Grössenordnung von rund CHF 10 Mio. aus einer einzigen Gesellschaft, welche im vergangenen Jahr sehr gut abgeschnitten hat und dann diesen Betrag bei uns eingebracht hat.

Nach wie vor sind aber auch Aufarbeitungen der Steuerverwaltung vorhanden, die so genannten Sollsteuern der natürlichen Personen aus den Vorjahren, welche weit über dem Budgetierten lagen. Das sind doch immerhin CHF 6,6 Mio.

Grundsätzlich ist auf allen Positionen mehr eingegangen, als wir budgetiert haben. Was aber aus unserer Sicht mindestens so erfreulich ist, ist die Tatsache, dass der Aufwand leicht unterschritten werden konnte. Hier konnten ca. CHF 1,3 Mio. eingespart werden. Das verdient ein Kompliment an unsere Verwaltung.

Sie sehen auf Seite 6 die höchst erfreuliche Entwicklung der Bestandesrechnung. Wie Sie wissen, haben wir in der Finanzplanung 2004 - 2007 bzw. 2005 - 2008 mit einer Nettoverschuldung der Baarer Bevölkerung von ca. CHF 1'840.- pro Person gerechnet. Aufgrund der sehr erfreulichen Entwicklung des Eigenkapitals bzw. des Finanzvermögens im Vergleich zum Fremdkapital verfügen wir per 31.12. heute bereits über ein Nettovermögen von CHF 1'403.- pro Person. Das gibt uns die Möglichkeit, mit einiger Gelassenheit in die Zukunft zu blicken.

Im Hinblick auf die Revision des Finanzhaushaltgesetzes haben wir gewisse Stille Reserven aufgelöst. Bei den Wertschriften wird jetzt das relative grosse Paket an Wasserwerk-Aktien so gezeigt, wie es effektiv ist. Das hat ebenfalls noch einmal einen Eigenkapitalzuwachs von rund CHF 10 Mio. ergeben.

Wir dürfen sagen, dass die Gemeinde Baar auf einen sehr gesunden Finanzhaushalt blicken darf. Das Eigenkapital von rund CHF 110 Mio. gibt eine gewisse Sicherheit für die Zukunft.

Noch kurz zur Gewinnverwendung: Der Gemeinderat schlägt im Einvernehmen mit RGPK und Finanzkommission vor, dass von diesem sehr grossen Gewinn zusätzlich CHF 12 Mio. in die Steuerausgleichsreserven gehen, dies im Hinblick auf die anstehenden Projekte. Dann wird die Freie Reserve, welche in den letzten Jahren leicht abgebaut wurde, wieder auf einen Bestand von CHF 44 Mio. kommen. Neu möchten wir einen Fonds von rund CHF 4 Mio. schaffen für Sanierungen von Liegenschaften, welche sich im Finanzvermögen befinden. Den Rest möchten wir für zusätzliche Abschreibungen und die Unterstützung von Hilfsprojekten im In- und Ausland mit CHF 1 Mio. verwenden.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Im Dezember werden wir einen Vorschlag unterbreiten, wie diese Hilfsgelder verwendet werden könnten. Wir möchten nicht bereits heute aus dem Gewinn Beträge verteilen und ein "JE-KA-MI" veranstalten.

Die Rechnung wird nun Seite um Seite durchgegangen.

Pirmin Andermatt, Präsident der RGPK:

In Ausübung des uns von Ihnen übertragenen Mandats und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen haben wir die Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Baar geprüft. Unsere Prüfungshandlungen erfolgen in der Art und Weise, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden können. Die Abteilung Soziales wurde dieses Mal detailliert überprüft. Die übrigen Abteilungen und Bereiche sind mittels Stichproben und Analysen überprüft worden. Die Prüfung der Investitionsrechnung erfolgte durch die BDO Visura Luzern. Für die Prüfung der Altersheim-Rechnung ist gemäss Leistungsvereinbarung nicht mehr die RGPK zuständig. Das Mandat wurde einer externen Revisiengesellschaft, im Moment ist dies die BDO Visura Luzern, vergeben.

Im Rahmen unserer Prüfung konnten die meisten Fragen und Unklarheiten direkt mit den Verantwortlichen besprochen und behoben werden. Auf der Basis unserer Feststellungen haben wir dem Gemeinderat einen internen Bericht mit unserer Stellungnahme und den Empfehlungen abgegeben. Die Besprechung desselben ist am 31. Mai 2006 erfolgt.

Ich möchte lediglich auf zwei Punkte nochmals eingehen. Der erste Punkt sind die für uns ebenso wichtigen, wenn auch im Vergleich zum Überschuss von CHF 31,5 Mio. betragsmässig geringeren, um CHF 3 Mio. niedrigeren als budgetierten Aufwendungen. Der zweite Punkt betrifft das Eigenkapital. Wie aufgeführt beträgt dieses per 31.12.2005 CHF 110 Mio. (CHF 38 Mio. Steuerreserven, CHF 30,5 Mio. Freie Reserven, CHF 10 Mio. Wertberichtigungen auf dem Finanzvermögen, Ertragsüberschuss 2005 CHF 31,5 Mio.). Das wird sich nach Annahme der Verteilung des Ertragsüberschusses gemäss Seite 6 verändern.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungen bestätigen wir, dass Bilanz, Laufende Rechnung und Investitionsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmen, die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist, die gesetzlichen Vorschriften eingehalten wurden und die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte vorhanden sind.

Oliver Betschart:

Im Namen der SVP Baar möchte ich zur Rechnung 2005 der Gemeinde Baar Stellung nehmen. Ich gehe auf folgende drei Punkte ein:

1. Mehrertrag
2. Minderaufwand
3. Ertragsüberschuss

1. Mehrertrag

Die SVP Baar ist hocheifrig über den Mehrertrag von rund CHF 28 Mio. Das zeigt die wirtschaftliche Attraktivität der Gemeinde Baar für natürliche und juristische Personen. Zu dieser Standortattraktivität müssen wir unbedingt Sorge tragen, damit diese positive Ertragslage auch in den kommenden Jahren anhält. Es ist aber auch zu beachten, dass rund CHF 7,5 Mio. Sollsteuern aus früheren Jahren sind, was zu einer Verzerrung des eigentlichen Resultats führt. Alles in allem ist die SVP Baar über diesen grossen Mehrertrag mehr als erfreut.

2. Minderaufwand

Auf der anderen Seite wurde ein Minderaufwand von rund CHF 4,8 Mio. erwirtschaftet. Dies spricht für die Ausgabendisziplin des Gemeinderates und den sorgfältigen Umgang der Gemeindemitarbeitenden mit den finanziellen Ressourcen. Die gesamte Gemeinde ist wirklich bestrebt, nur das auszugeben, was auch wirklich nötig und sinnvoll ist. In diesem Sinne ist ein grosser Dank dem gesamten Gemeinderat auszusprechen und natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einwohnergemeinde Baar. Speziell die Minderaufwände beim Sach- und Personalaufwand zeigen einen nachhaltigen und sorgfältigen Umgang mit den in der Gemeinde Baar zur Verfügung stehenden Geldern.

3. Ertragsüberschuss

Die SVP Baar ist glücklich mit den Einlagen in Steuerausgleichs- und die Freie Reserve über gesamthaft CHF 25,5 Mio. Etwas unglücklicher ist man über die erneute Abschreibung über CHF 1,325 Mio. auf dem Kronengebäude. Die SVP Baar war nie gegen den Kauf dieses Gebäudes aber stets gegen den Kaufpreis. Durch die erneute Abschreibung gesteht der Gemeinderat ein, dass damals das Kronengebäude überbezahlt wurde. Damit der Buchwert an den realen Wert des Gebäudes angeglichen wird, ist eine erneute Abschreibung wohl unumgänglich und muss zwingend gemacht werden.

Zum Schluss möchte sich die SVP Baar beim Gemeinderat für die hervorragende Rechnung 2005 bedanken. Ein weiterer grosser Dank gilt den Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde Baar, welche durch den sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen einen wesentlichen Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet haben. Wichtig ist aber, dass wir alle in den kommenden Jahren weiter dazu beitragen, dass die Gemeinde Baar ein attraktiver Standort für natürliche und juristische Personen bleibt. Dies gelingt aber nur, wenn wir steuerlich attraktiv bleiben und die Infrastruktur (Schulen, etc.) auf einem hervorragenden Stand halten.

Martin Pfister:

Erlauben Sie mir zuerst, unter diesem Traktandum dem Gemeinderat zum gelungenen Geschäftsbericht zu gratulieren. Er ist wirklich ansprechend gestaltet, übersichtlich strukturiert und informativ. Man spürt darin das Engagement von Gemeinderat und Verwaltung für eine lebenswerte Gemeinde mit höchsten Ansprüchen.

Ebenfalls Grund zur Freude bietet der ausgezeichnete Rechnungsabschluss der Gemeinde im Jahr 2005, welcher uns vorgelegt wird. Dieser Überschuss ist aussergewöhnlich und wir haben in erster Linie dankbar dafür zu sein.

Im Namen der CVP danke ich allen, die dafür einen Beitrag geleistet haben: Dem Gemeinderat, der Gemeindeverwaltung, der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, allen, die auch in früheren Jahren zur kontinuierlich guten Standortpolitik beigetragen haben, und natürlich den Firmen und Privatpersonen, die in Baar erfolgreich gewirtschaftet haben.

Nicht selbstverständlich und daher auch erwähnenswert ist, dass in der Gemeinde nach wie vor mit Augenmass gewirtschaftet wird. Der Minderaufwand gegenüber dem Budget zeugt von dieser vom Gemeinderat getragenen und von der RGPK akribisch geforderten Finanzpolitik. Darüber hinaus ist einmal mehr zu erwähnen, dass die Gemeinderechnung sehr transparent und übersichtlich vorgelegt wird.

Eigentlich könnte man hier die Diskussion beenden und zur Tagesordnung übergehen. Bei der Analyse der Gemeinderechnung zogen wir neben dem Erwähnten folgende Schlussfolgerungen:

- Die Steuerpolitik der Gemeinde soll weiterhin folgenden Kriterien gerecht werden:
 - schlanke Verwaltungstätigkeit;
 - Fitness, damit auch die Mehrbelastungen des NFA und ZFA getragen werden können;
 - genügend Mittel für die wichtigen Aufgaben der Gemeinde;
 - tiefe Belastung, damit die guten Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe erhalten bleiben;
 - effizienter und gezielter Einsatz der Steuergelder, damit die Solidarität der guten Steuerzahler fortbesteht. Gerade auch die weniger guten Steuerzahler sind darauf angewiesen.
- Die Reserven der Gemeinde sind komfortabel gefüllt und es ist fraglich, ob eine weitere Äufnung von Reserven sinnvoll und richtig ist.
- Zieht man die Sondererträge des letzten Jahres ab, bleibt – nach unserer Analyse und im Unterschied zum Finanzplan - in der Übergangsphase bis zur Einführung des NFA/ZFA ein struktureller Mehrertrag bestehen.
- Wir stellen in Frage, ob es richtig ist, wenn der Staat Steuern auf Vorrat erhebt – gerade auch, wenn man den vorher erwähnten Kriterien nachlebt.
- In diesem Sinn sollte ein vorübergehender Steuerrabatt das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herstellen. Sollte die Gemeinde einen weiteren Steuerrabatt beschliessen, ist die CVP der Meinung, dass ein Teil der Steuerreduktion explizit den Familien und der Jugend zugute kommen muss, welche in den letzten Jahren zunehmend auch finanziell unter Druck gerieten.

Die CVP empfiehlt, den Anträgen der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission zuzustimmen. Wir behalten uns jedoch vor, einen politischen Vorstoss in der skizzierten Form einzureichen.

Finanzvorstand Andreas Hotz:

Danke für die wohlwollenden Worte zum Rechnungsergebnis 2005. Mit Interesse nehme ich die Ausführungen betreffend strukturellen Mehrertrag bis und mit Einführungen NFA entgegen. Hier muss ich aber gewisse Vorbehalte anbringen. Erstens hat die Gemeindeversammlung bereits im letzten Dezember eine rund 7%-ige Steuerfusssenkung für das Jahr 2006 beschlossen. Diese kommt jetzt zum Tragen. Zudem steht eine partielle Steuergesetzrevision an, welche per 01.01.2007 in Kraft tritt und allen Gemeinden mit Sicherheit Mindererträge bringen wird. Diese Mindererträge bestehen darin, dass teilweise Dividendenausschüttungen und mittlere Einkommen - insbesondere Familien - entlastet werden. Letzteres war damals übrigens eine Motion der CVP im Kantonsrat. Ich gehe davon aus, dass allenfalls in diesem Jahr, maximal im nächsten Jahr noch leicht überdurchschnittliche Erträge da sind, aber dass spätestens nach der Einführung der NFA und dann mit dem neuen Finanzausgleichsmodell im Kanton sowie dem 2. Paket ZFA die Gemeinden mit Sicherheit massiv mehr Ausgaben haben werden. Daher ist es verfrüht, wieder über einen zusätzlichen Rabatt zu diskutieren.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Jedermann hat das Recht, politische Vorstösse zu machen. Wir bitten jedoch darum, vorher abzuklären, ob es wirklich der richtige Zeitpunkt ist.

Hans Fankhauser:

Wir haben von Gemeinderat Hotz die guten Zahlen gehört und jetzt wollte ich fragen, wie das aussieht. Die Gemeinde Baar ist gut im Bilde mit der Notunterkunft, die man bei uns abgerissen hat. Ich stelle hier den Antrag, dass man uns aus dem Überschuss diese Notunterkunft vergütet. Es sind seither mehrere Jahre vergangen. Ich möchte auch wissen, was die verschiedenen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen dazu meinen. Es ist im August ein Jahr her, dass wir mit Herrn Dübendorfer ein Gespräch hatten und es ging dort um den Schaden. Wir haben gemeint, es gäbe eine Lösung. Seither ist ein Jahr vergangen und ich frage hier nochmals, ob man bereit ist, diese Sache in Ordnung zu bringen? So dass wir sagen können, die Gemeinde Baar hat die Sache gut gemacht. Ich möchte, dass heute Abend darüber gesprochen wird. Wenn jemand die Akten einsehen möchte, so sind wir jederzeit bereit, Einsicht zu gewähren. Ich möchte, dass heute Abend darüber gesprochen wird. Das ist ein Antrag!

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich gehe davon aus, dass es sich um einen Antrag für finanzielle Zuwendungen aus dem Überschuss handelt? Ich habe bereits erwähnt, dass wir aus dem Überschuss keine direkten Zuwendungen machen wollen. So empfehle ich den Anwesenden diesen Antrag in Übereinstimmung mit meinen Kolleginnen und Kollegen zur Ablehnung. Wir werden später darüber abstimmen.

Dass wir heute Abend über die Verhältnisse im Neuguet diskutieren, ist nicht möglich. Da sind zu viele Tatsachen, über welche wir hier aufgrund des Amtsgeheimnisses nicht sprechen können. Ich möchte Sie nur bitten, wenn Sie bilateral Auskunft haben möchten, dass Sie die Akten von Herrn Fankhauser einsehen und anschliessend auch die Akten der Gemeinde lesen.

Es besteht ein Antrag, über welchen wir vor den übrigen Anträgen abstimmen werden.

Sind weitere Wortbegehren zur Rechnung?

Daniel Abt:

Auch die FDP hat erfreut von diesem rekordverdächtigen Gewinn von rund CHF 31.5 Mio. Kenntnis genommen. Wohin mit diesem Geld? In den kommenden Jahren werden diverse grössere Investitionen fällig. Ich denke da an den NFA, die Sanierung des Schulhauses Inwil, die Sanierung des Freibades Lättich usw. Es ist wichtig, dass wir mit den in den vergangenen Jahren bereits zur Gewohnheit gewordenen Überschüssen haushälterisch umgehen. Gegen eine Äufnung einer Kasse für schlechte Zeiten spricht sicher nichts. Trotzdem ist die FDP Baar der Ansicht, dass man das Geld massvoll investieren sollte, vor allem in unsere Infrastruktur, damit wir in Baar ein schönes Leben haben können. Davon ausgehend, dass die von der FDP Baar eingereichte Motion "Verkehr in Baar" die gewünschten Früchte trägt, ist es sicher wichtig, dass immer noch ein "Kässeli" vorhanden ist, auf welches zurückgegriffen werden kann, damit die erarbeiteten Lösungen umgesetzt werden können.

Heinz Haupt:

Wir haben von unserem Finanzchef vernommen, dass rund CHF 10 Mio. von einer einzigen Firma stammen. Ich gehe wahrscheinlich nicht fehl, wenn ich sage, dass dieses Geld von der Firma Glencore kommt. Vor einiger Zeit sind vor diesem Gebäude, also zwischen dem ehemaligen Fibro-Gebäude und dem SUVA-Gebäude, wo sich die Glencore eingemietet hat, Profile aufgestellt worden. Es hätten zwei Wohnhäuser sowie ein Motel gebaut werden sollen. Das wäre ein grosser Bau geworden. So wie ich gehört habe, ist dieses Baugesuch ohne Kontakt mit der SUVA und der Glencore eingereicht worden. Die Herren hatten plötzlich schöne Profile vor ihren Direktionszimmern. Die Gebäude waren höher als das Gebäude der SUVA. Wenn es wirklich so ist, dass man sich nicht abgesprochen und die Glencore nichts gewusst hat, dann meine ich, dass man ja vorgängig gewusst hat, dass das ein guter Steuerzahler ist und dass

dieser mit einer gewissen Sorgfalt behandelt werden muss. Ich möchte wissen, ob es zutrifft, dass der Gemeinderat keinen Kontakt mit der SUVA und der Glencore hatte und ihnen das Projekt gar nicht vorgestellt hat? Weiter möchte ich wissen, was mit diesem Projekt passiert ist?

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Diese Fragen kann ich rasch beantworten. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Vermutung bezüglich Steuereinnahmen nicht stimmt. Und dass zweitens dieser Bau nicht kommt, sondern dass die SUVA dieses Stück Land gekauft hat und dort nichts gebaut wird. Das ist kommuniziert worden. Das Projekt ist gestorben. Die SUVA ist jetzt Besitzerin des Landes und die Glencore hat ihren Mietvertrag um weitere zehn Jahre verlängert.

Bestehen noch weitere Wortbegehren zur Rechnung - und nicht mehr zu Bauprofilen?

Antrag

Aus dem Überschuss sei die Notunterkunft der Familie Fankhauser zu begleichen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Der Betrag ist ca. CHF 200'000.-.

André Masson:

Die erste Frage wurde bereits beantwortet. Nämlich, wie gross der Schaden gewesen ist.

Die zweite Frage an Herrn Fankhauser ist die folgende: Ob er dann endlich sagen könnte, dass er nachher mit der Gemeinde fertig ist? Wir wissen, dort oben ist seit Jahren Unfriede. Ich habe das ebenfalls ein wenig mitbekommen. Könnte man von der Gemeinde her das Angebot machen, den Schaden zu bezahlen - wenn die Gemeindeversammlung zustimmt - und nachher keine Forderungen mehr gestellt werden? Dann ist nach wie vor etwas vor dem Kanton hängig.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen ganz deutlich, diesen Antrag abzulehnen. Im Neuguet sind noch ganz andere Sachen im Gange. Wir möchten auf verschiedenen Ebenen endlich Ordnung haben. Ich kann Ihnen nochmals sagen, die Rechnung für die Notunterkunft, über welche jetzt abgestimmt wird, ist rechtlich sauber abgehandelt.

Hans Fankhauser:

Wir möchten endlich Ordnung haben. Sehr vieles ist vorgefallen und das ist nicht gut. Auch Gespräche haben keine Lösung gebracht. Nein, diese wurden abgebrochen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Sie haben die Besprechung verlassen, nicht ich! Da sind Sachen hängig, die nicht hierher gehören und ich möchte das nicht in dieser Runde besprochen haben. Herr Fankhauser, ich entziehe Ihnen das Wort!

Wir kommen zur Abstimmung über den bereits verlesenen Antrag. Die Rechnung ist technisch und juristisch richtig abgehandelt. Es besteht keine rechtsgültige Forderung gegenüber der Gemeinde Baar.

Beschluss

Der Antrag Fankhauser wird mit vier Gegenstimmen abgelehnt.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir kommen nun zur Abstimmung über die ordentlichen Anträge.

Antrag

1. Die Rechnung 2005 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat sei Entlastung zu erteilen.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses sei zuzustimmen.
3. Den gemeindlichen Angestellten sei der Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Beschluss

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Traktandum 4

Projektierungskredit für die Erneuerung der Schule Inwil

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Silvia Künzli:

Sie heute Abend für einen Projektierungskredit von CHF 1,36 Mio. zu gewinnen, das ist meine Aufgabe. Und die übernehme ich gerne und mit Überzeugung. Allerdings war dem nicht immer so. Daher kann für eine skeptische Haltung sogar Verständnis aufgebracht werden. An der Gemeindeversammlung im Dezember 2004 sind die ersten Würfel für die Sanierung gefallen. Deshalb habe ich mich noch tiefer in die Unterlagen vergraben und desto klarer wurde mir, dass wir der geplanten Erneuerung und Erweiterung mit gutem Gewissen und innerer Überzeugung zustimmen können. Und dies auch sollten. Wieso?

1. Das vorgeschlagene Projekt macht aus allen Vorgaben das Beste.
2. Es bewahrt auf schöne Weise Schulgeschichten unserer Kindheit und unserer Gemeinde.
3. Es erhält Grünzonen, die wir nicht mehr ersetzen könnten.
4. Es enthält eine Kostensicherheit, die beruhigend wirkt und glauben wir daran, auch eintrifft.

Sicher unbestritten ist, dass wir nun einen Entscheid fällen müssen. Denn was zwar Stoff für unterhaltsame Kindheitserinnerungen liefert, ist nüchtern gesehen unhaltbar. So wie viele unter uns, erlebten auch unsere Töchter und Söhne feuchte Schulzeiten. Und mit dieser Schulanlage die Höllgrotten zu konkurrenzieren, das wollen wir nicht.

Sie stimmen über einen Projektierungskredit ab, der zwar Tropfsteinskulpturen in Schulräumen verhindert – aber sehr viel Neues ermöglicht. Mehr Platz – mehr Licht – mehr Freude. Und dennoch bleibt all das erhalten, was wir an unserem Schulhaus im Laufe seiner Geschichte lieb gewonnen haben. Das Verwinkelte, das Grosszügige und die grüne Umgebung.

Sie stimmen auch über eine Idee ab. Die Idee nämlich, dass wir mit Kreativität und harter Denkarbeit aus Bestehendem etwas Schönes und Neues schaffen können, an dem wir Freude haben. Eine weitere Idee und ein Anliegen an die Auftraggeber und Planer ist, vor allem in diesem Fall, für die Ausarbeitung der Details und Materialbestimmung mit unseren langjährigen Hauswarten Rücksprache zu nehmen. Manch zukünftiger Ärger könnte so vermieden werden.

Momentane Begeisterung sollte uns allerdings nie den Blick auf künftige Rechnungen vernebeln. Doch Sie können auch einem Projekt zustimmen, das mich in finanzieller Sicht überzeugt. So weit dies überhaupt möglich ist, garantiert es eine beruhigende Kostensicherheit.

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wenn Sie heute Abend dem Projektierungskredit für die Erneuerung der Schule Inwil zustimmen, ermöglichen Sie unserer Jugend die schulische Umgebung, die sie verdient. Lernen müssen sie allerdings im neuen Schulhaus noch immer selber. Aber die Kinder und Jugendlichen von Inwil haben weiterhin und auch in Zukunft Platz für ihre sportlichen Aktivitäten, Licht durchflutete Zimmer und verwinkelte Orte für Denkpausen.

Ich bin vom Projekt überzeugt. Und es würde mich freuen, wenn Sie mit einem Ja zum vorgeschlagenen Kredit, diese Überzeugung teilen.

Nicht teilen könnte ich den Gedanken, von einem Provisorium abzusehen und während der ganzen Bauzeit den Schulbetrieb in den zukünftig neuen und alten Räumen durchzuführen. Ich bezweifle, ob all die Massnahmen für die Lärmemissionen günstiger, als ein Provisorium zu stehen kämen. Die Idee als solches, Kosten zu sparen, kann interessant und verlockend sein. Aber jeder Baufachmann weiss, dass es über einen längeren Zeitraum für Schüler und Lehrer unzumutbar ist. Denken wir an die Konzentration unserer Schüler und die Nerven der Lehrer.

Ich danke Ihnen, auch im Namen der SVP Baar und aller, die sich über Ihr Ja ebenso freuen werden.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke der Kommissionssprecherin. Der Besitzer der Höllgrotten ist ebenfalls anwesend. Er wäre bestimmt nicht erfreut über eine Konkurrenzveranstaltung in Inwil.

Maja Dübendorfer Christen:

Die FDP hat dieses Geschäft sehr intensiv diskutiert. Am Schluss haben wir dem Antrag für den Projektierungskredit mehrheitlich zugestimmt. Dass das Schulhaus Inwil eine Sanierung nötig hat, ist unbestritten.

Intensiver diskutiert haben wir unter anderem die Rolle der Baukommission. Optimal wäre doch, wenn sich die Kommission weiterhin mit der Betreuung dieses Projektes auseinandersetzen könnte und nicht, dass ein bereits vorhandenes kleines "Unterkommissionchen" dies macht.

Das Wichtigste ist doch, dass wir in Inwil ein funktionelles, brauchbares und normal zu unterhaltendes und zu bewirtschaftendes Schulhaus bekommen.

Zwar stimmen wir jetzt nur über den Projektierungskredit ab. Aber sind wir doch ehrlich. Tatsache ist, dass wir diesem Antrag einfach zustimmen müssen. Und in einem Jahr, nachdem die Millionen "verwettbewerbt" und verprojektiert sind, können wir erst recht nicht mehr Nein sagen.

Lehnen wir das vorgeschlagene Projekt jetzt ab, fängt das ganze Prozedere wieder von vorne an. Und dies können wir uns, gerade weil wir wissen wie schlecht der Zustand des Gebäudes ist, gar nicht leisten. Die möglichen Folgekosten lassen grüssen.

Die FDP erwartet vom Bauchef, dass wir für Inwil in einem Jahr eine solide Vorlage präsentiert bekommen. Der Gemeinderat ist der Bauherr. Wir wollen, dass ihr zu eurer Verantwortung steht und das Nice-to-have vom wirklich Sinnvollen trennt.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke für die belehrenden Worte. Wir haben es gehört und werden uns bemühen, dass es für den Baukredit eine gute Vorlage gibt.

Antrag

1. Für die Projektierung der Erneuerung der Schule Inwil sei zulasten der Investitionsrechnung ein Projektierungskredit von CHF 1'360'000.– zu bewilligen.
2. Der Gemeinderat sei zu ermächtigen, mit der Generalplaner Waeber/Dickenmann GmbH, Lachen, die erforderlichen vertraglichen Abmachungen zu treffen.

Beschluss

Die Anträge des Gemeinderates werden einstimmig angenommen.

Traktandum 5

Kanalisations- und Strassensanierung Gebiet Aberen - Beitrag der Gemeinde

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Stefan Doppmann:

Seit längerer Zeit ist bekannt, dass sich die Kanalisation im Gebiet Aberen in einem schlechten Zustand befindet. Die sanierungsbedürftige Schmutzwasserkanalisation gefährdet die darunter liegende Quellwasserfassung der Korporation Blickensdorf. Die Instandsetzung dieser Anlage liegt im öffentlichen Interesse. Die Kanalisation müsste eigentlich von den privaten Besitzern saniert werden. Diese sind aber nicht organisiert und so ist die Gemeinde nach langen Verhandlungen zur Ersatzvornahme verpflichtet. Wir befinden heute nicht darüber, ob die Gemeinde die Kanalisation in Stand setzen soll, sondern ob und in welcher Höhe sie sich an der Sanierung beteiligen soll. Die Beteiligung der Gemeinde an dieser Anlage, welche damals mit privaten Mitteln und ohne Beitrag der öffentlichen Hand errichtet wurde, ist aus folgenden Gründen angezeigt:

- Die Kosten der Umstellung vom Misch- zum Trennsystem werden heute bei gemeindlichen Sammelleitungen ganz von der Gemeinde übernommen. Die Gemeinde ist stark interessiert daran, dass das Trinkwasser, welches unterhalb dieser Anlage gefasst wird, von Verunreinigungen als Folge undichter Schmutzwasserleitungen verschont bleibt.
- Der Beitrag der Gemeinde wird über die Kanalisationsgebühren finanziert. Mit der Zustimmung zu der Vorlage helfen Sie mit, eine langwierige Geschichte zu beenden und den Trinkwasserschutz in Blickensdorf endlich wieder sicherzustellen.

Vor allem aus diesem Grund hat die ständige Baukommission diese Vorlage einstimmig unterstützt und empfiehlt Sie auch Ihnen zur Annahme.

Antrag

An die Kosten für die Sanierung der Kanalisationen im Gebiet Aberen seien 50% für den Normalaufwand der Sanierung, 100% für den Mehraufwand des Gewässerschutzes und 100% für die Projektierung und Überwachung der Privatanschlüsse zu übernehmen. Dies entspricht einem gemeindlichen Beitrag von ca. CHF 717'500.–.

Beschluss

Der Antrag wird mit zwei Enthaltungen angenommen.

Traktandum 6

Aufhebung des Submissionsreglements der Einwohnergemeinde Baar

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Im Jahre 1998 haben Sie das Submissionsreglement der Gemeinde genehmigt. In der Zwischenzeit ist dieses jedoch durch übergeordnetes Recht ungültig geworden, da wir uns an andere - jedoch ähnliche - Normen des Kantons halten müssen.

Wir müssen das Reglement formell ausser Kraft setzen lassen.

Antrag

Das gemeindliche Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen (Submissionsreglement) von 1998 sei aufzuheben.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

Traktandum 7

Übernahme der Erschliessungsstrasse Weinbergstrasse, Inwil

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Antrag

Der Übernahme der Weinbergstrasse (GS Nr. 2631) mit Kanalisationen durch die Einwohnergemeinde Baar sei zuzustimmen und der Gemeinderat sei zu ermächtigen, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

Beschluss

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Traktandum 8

Beantwortung der Motion der FDP Baar betreffend Änderung von Art. 24 der Gemeindeordnung (Leitung von Kommissionen)

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Robert Amrein:

Wir bedanken uns herzlich für die Beantwortung unserer Motion. Weshalb haben wir diese Motion gemacht?

Am 15. März 2005 hat der Gemeinderat eine Delegation der Parteien eingeladen und das Thema diskutiert, wie die neue Gemeindeordnung läuft, die jetzt eine ganze Legislatur in Kraft ist. Welche Erfahrungen gibt es? Die FDP hat bereits an dieser Veranstaltung erwähnt, dass es eine Motion in diese Richtung geben würde. Der Gemeinderat hat das entgegengenommen und einen Vorschlag versprochen. Nachdem acht Monate nichts passiert ist, haben wir nun diesen Vorstoss gemacht.

Die Antwort des Gemeinderates macht uns nicht glücklich. Die völlig unverbindliche Formulierung widerspiegelt eine zögerliche, mutlose Haltung zu diesem Thema. Aber immerhin, der Gemeinderat hat den Vorschlag gemacht, die Gemeindeordnung in unserem Sinne abzuändern. Immerhin hat er eine Aufzählung von Kommissionen gemacht, welche künftig extern geleitet werden könnten.

Wir sind überzeugt, dass diese Aufzählung nicht abschliessend sein kann. Besonders erstaunt hat uns, dass sich die Abteilung Planung / Bau mit Ausnahme der Energiefachkommission ausgeklinkt hat. Man muss wissen, dass gerade sie mit ihrem Verhalten in den Kommissionen die Initialzündung zu dieser Motion gegeben haben. Wir möchten den Gemeinderat nochmals auffordern, diese Aufzählung zu überprüfen und die eine oder andere Kommission hinzuzufügen. Wir können insbesondere nicht verstehen, weshalb eine Verkehrskommission oder eine ständige Baukommission nicht durch eine externe Leitung geführt werden könnten.

Sollte ein solches Zeichen vom Gemeinderat her kommen, könnten wir uns mit der Beantwortung zufrieden erklären und Sie bitten, die Motion erheblich zu erklären.

Heini Schmid:

Die Motion der FDP befasst sich mit einem wichtigen Thema, nämlich dem Zusammenwirken von Gemeinderat und den beratenden Kommissionen. In Fällen, wo der Gemeinderat und die Kommissionen nicht gleicher Meinung waren, fühlten sich die Kommissionsmitglieder als nicht ernst genommen und sie haben festgestellt, dass teilweise die gegenseitige Kommunikation ungenügend war. Die Kommissionsmitglieder waren auch nicht immer sicher, ob die Meinung der Kommission im Gemeinderat korrekt vertreten wurde. Sie vermissten eine echte Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kommission.

Aufgrund dieser Feststellungen hat die FDP berechtigterweise ihre Motion gestartet, damit die Kommunikation verbessert werden kann. Sie wollten dies durch eine andere Besetzung der Kommissionspräsidenten lösen. Der Gemeinderat schlägt nun eine etwas offenere Formulierung von Art. 24 der Gemeindeordnung vor.

Die CVP ist weder für den Vorschlag der FDP, noch für den Vorschlag des Gemeinderates. Wir sind der Ansicht, dass der Kern des Problems nicht gelöst wird. Es ist nicht entscheidend, wer der jeweilige Präsident der Kommission ist. Entscheidend ist, wie bei unterschiedlicher Meinung miteinander umgegangen wird. Es wäre zum Beispiel denkbar, dass der Gemeinderat bei wichtigen Entscheidungen, wenn er diese nicht im Sinne der Kommission treffen möchte, die

Kommission nochmals anhört im Sinne eines rechtlichen Gehörs. Oder aber, dass der Gemeinderat zumindest verpflichtet würde, einen anderen Entscheid eingehend zu begründen.

Wir regen daher an, dass die ehemalige Kommission, welche die Gemeindeordnung einberufen hat, wieder zusammentritt und weitergehende Verbesserungsvorschläge für dieses Problem - Wie gehen wir miteinander um, wenn wir unterschiedlicher Meinung sind? - ausarbeitet. Die CVP begrüsst, dass der Gemeinderat entscheidet. Die CVP begrüsst auch klare Zuständigkeiten. Es geht darum, wie man mit Kommissionen umgeht. Diese befassen sich monatsweise mit etwas, geben eine Empfehlung ab und dann entscheidet der GR anders. Das ist sein gutes Recht und dann ist es das gute Recht der Kommissionsmitglieder, dass sie konsultiert werden und ihnen die Entscheidung erklärt wird. Man sollte mit diesen Leuten, die sich im Interesse der Gemeinde engagieren, gehörig umgehen.

Daher beantragen wir Ihnen nicht, die Motion erheblich zu erklären und sogleich abzuschreiben, wie es der Gemeinderat vorschlägt, denn dann ist das Thema vom Tisch. Art. 24 ist dann erledigt aber das Problem nicht. Wenn Sie die Motion nicht erheblich erklären, dann setzen Sie ein Signal, dass das Thema noch nicht erledigt ist und laden den Gemeinderat ein, dem Thema fundiert auf den Grund zu gehen.

In diesem Sinne stellt die CVP den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Beni Langenegger:

Die SVP Baar unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Gestatten Sie mir aber dennoch zwei-drei Sätze von Seiten der SVP. Der Gemeinderat ist nicht auf alle Anliegen der Motion der FDP Baar eingetreten, wie wir bereits vom Sprecher der FDP erfahren haben. Doch wagen wir mit dieser Änderung unserer Gemeindeordnung einen ersten Schritt in die Richtung von externen, gemeinderatsunabhängigen Kommissionen. Wir hoffen aber, dass dieses Konzept - wenn es sich bewährt - auf weitere, bestehende Kommissionen ausgedehnt werden kann. Natürlich macht die Änderung von Art. 24 der Gemeindeordnung nur Sinn, wenn der Gemeinderat ein offenes Ohr für die Kommissionsmeinung hat. Darum: Wagen wir dieses Experiment und stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates zu!

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Eine erste Stellungnahme meinerseits. Ich habe damals ebenfalls mitgewirkt, als die neue Gemeindeordnung ausgearbeitet wurde. Wir haben die Manöverkritik gemacht und gute Noten erhalten - abgesehen von Art. 24. Wir haben uns lange mit diesem Thema befasst. Eine externe Leitung verlangt nach guten Kommissionsmitgliedern die dies auch wollen. Das ist nicht immer so einfach! Die Kommissionen, das muss immer wieder betont werden, sind beratende Gremien des Gemeinderates. Schlussendlich muss der Gemeinderat geradestehen für das, was beschlossen wird.

Nochmals zum Verständnis von allen: Eine Kommission ist beratend. Der Aufwand einer externen Leitung darf nicht unterschätzt werden. Aber mit der neuen Formulierung sagen wir, wenn die Kommission - und zwar jede - das wünscht, so kann sie innerhalb ihrer Runde bestimmen, wer die Leitung übernehmen soll. Der Gemeinderat wird dann darüber befinden. Das ist unsere Stellungnahme und ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis.

Wir nehmen die Anregung entgegen, dass die von uns aufgestellte Liste nicht als abschliessend zu betrachten ist.

Maja Dübendorfer Christen:

Ich möchte wissen, ob die Protokolle der Kommissionen allen Gemeinderäten zur Verfügung stehen?

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Jawohl, die Protokolle kann jeder haben, der sie will. Aber ich weiss nicht, ob ich beispielsweise in der Lage wäre, alle Protokolle der 20 oder 30 Kommissionen zu studieren. Aber die, die das wollen, können die Unterlagen haben. Es ist nicht Praxis, dass sie jeder erhält. Wir gehen davon aus, dass der entsprechende Gemeinderat in der Ratssitzung die Meinung der Kommission einbringt und wenn sich die Kommissionsmitglieder nicht genug durchsetzen können, dass eine Mehrheit auf ihrer Seite entsteht, dann können wir auch nichts dafür.

Wir haben einen Antrag von Heini Schmid auf Rückweisung, somit Nicht-Erheblicherklärung und wir haben den Antrag des Gemeinderates auf Erheblicherklärung und Abschreibung.

Antrag

Die Motion sei im Sinne des Gemeinderates erheblich zu erklären und die Änderung von Artikel 24 der Gemeindeordnung zu vollziehen. Gleichzeitig sei die Motion als erledigt abzuschreiben.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates wird mehrheitlich angenommen.

Traktandum 9

Beantwortung der Motion der IG Sportvereine Baar betreffend Verbesserung der Jugendförderung in den Baarer Sportvereinen

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Ernst Rohrer:

In der gemeindlichen Broschüre sind genau 52 Sportvereine aufgeführt. Diese leisten einen wesentlichen Beitrag zur Jugendförderung. Das verdient Unterstützung, aber wie? Das ist die Frage.

Die FDP stellt fest, dass vor allem mit der Infrastruktur bereits ein grosser Beitrag geleistet wird. Die Turnhallen, Fussballplätze und das Schwimmbad Lättich stehen als Beispiel für alle Anlagen, welche auch von den Vereinen der IG Sportvereine rege benutzt werden.

Im Weiteren soll die Durchführung von Wettkämpfen/Veranstaltungen auf diesen Anlagen in Form von Mietzinsrückerstattungen etc. ebenso gefördert werden, was ja bereits, zumindest teilweise, der Fall ist. Und dadurch kann die Kasse auch mit der Unterstützung der Gemeinde gefüllt werden.

Einen Sockelbetrag und ein Kopfgeld in der Form wie es die Motion vorschlägt, erscheint der FDP auf Grund der Gerechtigkeit äusserst fragwürdig. Nimmt man als Massstab die Teilzeit- bis Vollzeitstellen in einzelnen Vereinen oder die Destinationen der Trainingslager, so sind die finanziellen Möglichkeiten heute schon sehr unterschiedlich. Auch ist ein Kopfgeld schwer zu prüfen, wann ist der Stichtag, wie wird gemessen? Wann muss der Eintritt respektive Austritt erfolgt sein? Die Frage nach der Herkunft der Mitglieder muss geklärt sein. Baar, Kanton Zug oder sogar ausserkantonal. Wo ist die Grenze der Unterstützung?

Sie finden in der Broschüre weitere Vereine. 67 an der Zahl. Leisten diese nicht auch zum grössten Teil einen Beitrag an die Jugendförderung? Immerhin sind in der Broschüre noch 23 Kulturvereine, 29 verschiedene Vereine und im Fasnachtsdorf Baar 13 Guggenmusiken aufgeführt. Wie viele Vereine davon Jugendliche als Mitglieder haben, entzieht sich meinem Wissen.

Rechnet man das ganze hoch, ist der Gemeinderat mit seiner Schätzung, welche eine Verdopplung der Ausgaben vorsieht, eher zu vorsichtig. Unsere Schätzung geht von einer Verdreifachung aus! Ein Pilotprojekt im Sinne der Motion lehnen wir ab, damit alle Vereine ab 2007 definitiv wissen, ob und auf welche Weise sie Unterstützung erhalten.

Diese allfälligen Beiträge dürfen die Rechnung nicht zu stark belasten, stehen wir doch vor noch nicht klar definierten Ausgaben ZFA und NFA.

Aus diesem Grunde nehmen wir den Gemeinderat in die Pflicht, dass entsprechende Reglement am 12. Dezember 2006 der Gemeindeversammlung vorzulegen.

Die FDP empfiehlt Ihnen die Erheblicherklärung der Motion im Sinne des Gemeinderates.

Heinz Merz:

Die CVP hat dem Anliegen der Motionäre grundsätzlich nichts entgegenzusetzen. Wir haben aber zwei-drei Punkte zu ergänzen. Wir sind uns auch bewusst, dass die Idee eines Kopfgeldes nicht ganz einfach und möglicherweise problematisch sein kann und wir sind uns vor allem auch bewusst, dass nicht nur Sportvereine einen wichtigen Beitrag in der Jugendarbeit leisten. Namentlich darf man hier sicher die Pfadi als Beispiel eines Nicht-Sportvereins erwähnen.

Im Grundsatz sind wir der Überzeugung, dass diesem Anliegen im Sinne des Gemeinderates Rechnung getragen werden soll. Wir unterstützen auch die Idee einer Arbeitsgruppe. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass es nicht reicht, dass man nur die IG Sportvereine integriert,

damit die Anliegen vertreten sind. Wir sind der Meinung, dass auch alle anderen Vereinigungen in gebührendem Mass involviert werden müssen. In diesem Sinne soll eine vernünftige Lösung gefunden werden, damit das Geld richtig und im Interesse unserer Jugend eingesetzt werden kann.

Viktor Dario:

Wir haben die Argumente gehört. Wir sind uns bewusst, dass wir als Sportverein diesen Vorstoss in einer Gruppe gemacht haben. Wir wollten damit andere nicht ausschliessen. Es war so, dass das Ganze vor ca. zwei Jahren entstanden ist, dass wir einen sehr intensiven Informationsaustausch innerhalb der grösseren Sportvereine in Baar haben und dass wir hier auch gewisse Schwierigkeiten miteinander diskutieren. Wir sind uns einig, dass wir in Baar eine sehr gute Infrastruktur haben, wofür wir Gemeinderat und Bevölkerung dankbar sind. Das macht attraktiv, weckt aber andererseits Begehrlichkeiten. Die Infrastruktur wird rege benutzt.

Weshalb haben wir diese Motion eingereicht? Vor allem in grösseren Vereinen ist es zu einem Problem geworden, dass die Ansprüche immer grösser werden. Dies betrifft beispielsweise die Führung der Vereine, welche heute fast professionell erfolgen muss. Diese Ansprüche kommen nicht nur von den Eltern, sondern von übergeordneten Stellen. Man erhält vom J+S-Verband Gelder, wenn gewisse Kriterien erfüllt sind. Diese Kriterien sind relativ streng. Zweitens leisten die Vereine auf grosser Basis Freiwilligenarbeit. Die Leute machen das ehrenamtlich, ohne Bezahlung und Spesen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass der Zeitaufwand bei einem grossen Verein erheblich ist.

Wir sind uns bewusst, dass man sich für einen Ansatz entscheiden muss. Wo setzt man an? Bei grösseren Vereinen müssen professionelle, voll bezahlte Trainer engagiert werden. Zudem haben Sie Ausbilder, die das freiwillig und unbezahlt machen. Diese Ausbilder benötigen jedoch trotzdem eine gewisse Ausbildung und Erfahrung, nicht nur in ihrem Bereich. Sie müssen im sozialen Bereich kompetent sein, nicht nur im sportlichen Bereich. Sie müssen mit Jugendlichen umgehen, das Gespräch mit Eltern führen können und auf die Gesundheit der Jugendlichen achten. So ist es heute sehr schwierig, geeignete Leute zu finden, die das freiwillig machen. Ich denke hier vor allem an ehemalige Jugendliche, die später selber in der Ausbildung tätig sind.

Ein Ansatz wäre, dass man einfach den Trainer oder irgendwelche Ausbildungen finanziert. Auch hier kann diskutiert werden, wer, was braucht. Am Schluss sind wir zur vorliegenden Lösung gekommen. Wir haben mit dem Gemeinderat das Ganze besprochen und sind der Meinung, dass man die Chance ergreifen und nun ein Konzept erarbeiten sollte. Man sollte einen gemeinsamen Weg finden, welche auch andere Lösungen beinhalten kann.

Ich bitte Sie daher, geben Sie dieser Motion eine Chance, dass in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ein solches Konzept geschaffen werden kann.

Maja Dübendorfer Christen:

Die FDP ist nicht einstimmig für den Antrag des Gemeinderates. Ich gehöre dieser kleinen Minderheit an. Auch ich bin Mitglied mehrerer Baarer Vereine, unter anderem auch einem Baarer Sportverein, trotzdem werde ich gegen die Erheblicherklärung stimmen.

Denn: Erstens finde ich es bedenklich, dass der Gemeinderat, obwohl er gemäss eigenen Aussagen auch schon gemerkt hat, dass er die Baarer Vereine noch mehr unterstützen könnte, erst wahrnehmbar aktiv wird, wenn eine Motion eingereicht wird. Zweitens bin ich der Überzeugung, dass es nicht die Aufgabe des Staates sein soll, dass unsere Vereine finanziell über die Runden kommen. Dafür gibt es andere Möglichkeiten.

Die kritischen Argumente meiner Vorredner verstärken mein Unbehagen. Es ist zudem bereits erwähnt worden, wie stark wir die Vereine dank der kostenlosen Benützung der Infrastruktur unterstützen. Das Ziel der Motion finde ich zwar absolut unterstützungswürdig. Aktive Jugend-

liche, egal ob sportlich, musikalisch oder was auch immer, sind wunderbar und unterstützungswürdig. Ich bezweifle einfach, ob die vorliegende Motion wirklich die einzige Möglichkeit ist, um das zu erreichen.

Darum nehme ich den Gemeinderat gerne beim Wort, dass er dranbleiben wird.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir sind klar der Auffassung, dass nicht nur Sportvereine berücksichtigt werden dürfen. Wir müssen auch die kulturellen Vereine beachten. Ich kann Ihnen sagen, im 2005 haben wir eine Gruppe einberufen und verschiedene Ansätze geprüft. Bis heute haben wir keine machbare Lösung finden können. Wir geben uns Mühe, dass wir auf die Dezember-Gemeinde eine machbare Lösung erarbeiten können, nicht direkt im Sinn der Motionäre, aber doch so, dass Sie dazu Ja sagen können.

Antrag

Die Motion sei im Sinne der Stellungnahme des Gemeinderates erheblich zu erklären.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Traktandum 10

Beantwortung der Interpellation der Alternative / SGA Baar betreffend Massnahmen zur Senkung der Feinstaub-Belastung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 8. Mai 2006 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantwortet die Fragen der Alternative / SGA Baar wie folgt:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zu den vorstehenden Überlegungen in Bezug auf die gesundheitlichen Auswirkungen der Feinstaub-Überlastung?

Das Thema Feinstaub-Belastung ist ernst zu nehmen und wirksame Massnahmen sind wo möglich umzusetzen. Viele Studien besagen jedoch, dass die Reduktion des Feinstaubes ganzheitlich angegangen werden sollte.

2. Welche der unten stehenden Massnahmen ist der Gemeinderat bereit zu ergreifen, um mitzuhelfen, die lokale Feinstaub-Belastung längerfristig zu reduzieren:

a) alle im Gebrauch stehenden kommunalen Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter - sofern technisch machbar - umgehend umzurüsten?

Bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen wurde bereits in den letzten Jahren darauf geachtet, dass diese über einen Russpartikelfilter verfügen. Dies wird auch künftig so gehandhabt. Gemäss dem Beschaffungsplan des Werkdienstes kann davon ausgegangen werden, dass bis 2008/2009 sämtliche Dieselfahrzeuge mit Russpartikelfiltern ausgerüstet sind. Auch bei Neu- oder Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen bei der Feuerwehr wird verlangt, dass diese über entsprechende Filter verfügen. Eine Nachrüstung der bestehenden Fahrzeuge ist unverhältnismässig bzw. bei diversen Fahrzeugen nicht möglich. Bei jeder Anschaffung wird geprüft, ob auch umweltfreundlichere Motoren (Erdgasmotoren, usw.) eingesetzt werden können. Bei kleineren Maschinen wie Rasenmäher, Motorsägen, Laubbläser usw. ist eine Umrüstung nicht möglich, da technisch nicht machbar. Die Gemeinde verwendet seit einigen Jahren zudem Oekodiesel, welcher um einiges umweltfreundlicher ist als der normale Diesel.

b) Finanzielle Anreize zu schaffen für Russpartikelfilter bei Holzfeuerungsanlagen?

Der Gemeinde Baar wurde im November 2002 das Label „Energienstadt“ zugesprochen. Dieses verpflichtet die Gemeinde in Energiefragen eine Vorbildfunktion wahrzunehmen und die Einwohnerinnen und Einwohner für energiebewusstes Denken und Handeln zu sensibilisieren. Im Weiteren werden mit Energieförderbeiträgen u. a. auch Anreize für alternative Energieprodukte geschaffen. Der Gemeinderat erlässt jedes Jahr einen Massnahmenplan mit verschiedenen Schwerpunkten.

In diesem Zusammenhang fügen wir an, dass durch die Feuerungskontrolle von Öl- und Gasheizungen sichergestellt wird, dass die Abgaswerte eingehalten werden.

c) Spezialangebote für den öffentlichen Verkehr finanziell zu unterstützen (z.B. temporäre Verbilligungen, automatisch bei Grenzüberschreitungen bei der Luftqualität; oder eine Initiative unter den Gemeinden zu starten für gemeinsame Aktionen)?

Gerade mit dem Label „Energienstadt“ verpflichtet sich die Gemeinde Baar zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs. Die Gemeinde hat ein ausgesprochen gutes Netz für den öffentlichen Verkehr und investiert viel Geld in die Ortsbusse.

Eine zusätzliche Subventionierung sowie Spezialangebote kommen für den Gemeinderat nicht in Frage.

3. Welche der folgenden Akut-Massnahmen ist der Gemeinderat bereit zu treffen bei überschrittenem Feinstaub-Grenzwert:

a) die kommunalen Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter nicht einzusetzen (ausser bei Notfallfahrten, z.B. der Feuerwehr)?

Der Gemeinderat kann sich vorstellen, gewisse Massnahmen bereits vor der Erreichung des Grenzwertes zu treffen. Die gemeindlichen Aufgaben müssen aber auch in heiklen Grenzwert-Situationen erfüllt werden können.

b) das Gespräch mit Unternehmungen auf kommunalen Baustellen zu suchen, um die Benutzung von Diesel-Baumaschinen ohne Russpartikelfilter vorübergehend einzustellen?

Hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die Selbstverantwortung eines jeden einzelnen Unternehmers selbst spielen muss. Der Gemeinderat kann eine Empfehlung abgeben, wird jedoch keine Vorschriften erlassen.

c) Aufrufe an die Bevölkerung zu erlassen, damit rückentragbare Blasgeräte und fahrbare Mehrzweckmaschinen, die beim Saugen und Reinigen Staub aufwirbeln, vorübergehend nicht eingesetzt werden?

Der Gemeinderat kann sich durchaus vorstellen, die Bevölkerung mit einem Aufruf im Zugerbieter zu bitten, im Rahmen der Eigenverantwortung umweltgerecht zu handeln und auf gewisse Aktionen zu verzichten.

d) Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter zu verfügen bzw. bei den zuständigen Stellen zu beantragen?

Für den Erlass eines Verbotes ist der Gemeinderat nicht zuständig. Solche Regelungen fallen in die Kompetenz des Kantons bzw. des Bundes. Der Gemeinderat wird daher auch keine Anträge stellen. Zudem ist er überzeugt, dass der Kanton bzw. der Bund rechtzeitig reagieren werden.

Abschliessend möchte der Gemeinderat nochmals an die Selbstverantwortung eines jeden Einzelnen appellieren. Alle können durch ihr Verhalten mithelfen, die Feinstaubbelastung zu reduzieren.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Nach den Verfahrensregeln könnten wir nach der Beantwortung einer Interpellation zur Abstimmung bzw. zur Kenntnisnahme durch die Versammlung schreiten. So streng möchten wir das nicht handhaben. Die Interpellantin hat das Wort.

Berty Zeiter:

Mein zweiter Gedanke, als ich die Antwort des Gemeinderates gelesen hatte, war die Frage, ob der Gemeinderat wirklich ein so kurzes Gedächtnis hat und seine Antwort so wenig sensiblen formuliert hat, nach dieser dramatischen Situation im ersten Quartal des Jahres 2006. Ich habe ein Erinnerungsstück an diese Situation, sozusagen ein "Abzug" des Zugersees (zeigt ein Vlies). Hier sehen Sie den Feinstaub, der sich im Zugersee niedergeschlagen hat.

Der gesetzliche Tagesgrenzwert für die Feinstaub-Belastung in der Luftreinhalteverordnung liegt bei 50 Mikrogramm/m³. Das heisst, bis zu dieser Grenze ist es eine tolerierbare gesundheitliche Belastung. Aber bereits in diesem Bereich ist es eine gesundheitliche Belastung. An

35 Tagen von 90 Tagen des ersten Quartals 2006 ist dieser Grenzwert überschritten worden, etliche Male sogar um mehr als das Doppelte.

Mikrogramm ist eine Gewichtseinheit. Was wird denn da überhaupt gewogen? Feinstaub besteht aus winzigen Teilchen. Die grössten Teilchen haben einen Durchmesser von 10 Tausendstel-Millimetern und werden PM 10 genannt. Dieser Durchmesser beträgt soviel wie ein Zehntel des Durchmessers eines Haares. Feine Partikel sind PM 2,5 – das sind 2½-Tausendstel-Millimeter oder ein Vierzigstel eines Haardurchmessers. Dann gibt es auch ultrafeine Teilchen, die PM 0,1. Das ist noch ein Tausendstel eines Haardurchmessers. Diese Teilchen kommen zu einem grossen Teil aus den Dieselmotoren und aus dem Abrieb von Bremsen, Pneus und Strassen. Durch die Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen im Februar diesen Jahres konnte dieser Anteil an Partikeln entlang dieser Strassen um 30 bis 50% gesenkt werden, also haben solche Massnahmen eben lokal doch einen sehr grossen Einfluss. Nur in der Gewichtsmessung (und diese ist für den Feinstaub-Grenzwert von Bedeutung) fällt diese Halbierung eben nicht gross ins Gewicht. Sie erhält die angemessene Bedeutung erst, wenn man auch die Anzahl der Teilchen berücksichtigt.

Der Feinstaub ist aber gerade deswegen so gefährlich, weil wir diese Teilchen einatmen. Mit jedem Atemzug atmen wir Tausende oder Millionen dieser Teilchen ein. Die PM 10 werden von unserem Organismus noch einigermaßen abgewehrt. In Nase, Bronchien und Lungenästen werden sie eingeschleimt und wieder hinausbefördert. Muss ständig Schleim produziert werden, entstehen so Bronchitis und Asthmaanfänge. Die PM 2,5 gelangen schon ungehindert bis in die feinsten Lungenbläschen hinein. Der Körper wehrt sich mit Entzündungen gegen diese Fremdkörper. Dabei produziert er mehr Zellen als gewöhnlich, beginnt also zu wuchern, und daraus kann Lungenkrebs entstehen. Und die PM 0,1 sind so winzig, dass sie über die Lungenbläschen sogar in die Blutbahn gelangen und in alle Organe verteilt werden. An der Uni Bern wurden diese ultrafeinen Partikel inzwischen auch in den Nervenzellen des Gehirns gefunden. Sie stehen im Verdacht, dort entzündliche und andere Veränderungen herbeizuführen, die im Zusammenhang mit Alzheimer-Erkrankungen bekannt sind.

Da hat der Gemeinderat schon recht mit seiner Feststellung: "Das Thema Feinstaub-Belastung ist ernst zu nehmen und wirksame Massnahmen sind wo möglich umzusetzen." Aber mit allem, was er nach diesem einführenden Satz gesagt hat, verharmlost er seine obige Aussage.

Zum Beispiel ist die Antwort auf die Fragen 2b) (betrifft Partikelfilter bei Holzfeuerungsanlagen) sehr undifferenziert. Hier wird unser Anliegen gar nicht wahrgenommen. Der Einbau von Holzheizungen ist vom Energiestandpunkt und von der sinnvollen Waldnutzung her auf jeden Fall zu unterstützen. Wir haben jetzt aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass 80% der Partikelfracht von ungefilterten Holzheizungen einen Durchmesser unter 0,3 Mikrogramm haben, also zu den feinen bis ultrafeinen Partikel gehören. Staubfilter sind technisch machbar und sehr wirkungsvoll, bringen aber höhere Investitionskosten mit sich. Deshalb ist es für uns denkbar und notwendig, dass die Gemeinde Baar analog zu den Energieförderbeiträgen auch Beiträge an den Einbau von Russpartikelfiltern in Holzheizungen sprechen kann.

Zu 2c) (Spezialangebote für den öffentlichen Verkehr): Wir würdigen den Einsatz des Gemeinderates für ein gut ausgebautes Busnetz und die Investitionen in die Ortsbusse. Doch in Bezug auf die Feinstaub-Bekämpfung stünde es einem innovativen Gemeinderat gut an, mit Ideen an die Öffentlichkeit zu treten und andere Gemeinden für die Mit- und Zusammenarbeit zu motivieren. In anderen Bereichen ist das dem Gemeinderat auch möglich. Es wäre gut, dieses Problem im öffentlichen Verkehr mit anderen Gemeinden zusammen anzugehen.

Dann zu den Akut-Massnahmen. Diese Antworten sind mager ausgefallen. Am Beispiel der Frage 3d) (Anträge für Fahrverbote): Der Gemeinderat wird keine Anträge stellen, da die Fahrverbotsregelungen in die Kompetenz des Kantons und des Bundes fallen. Aber genauso wie Bundesrat Leuenberger als eine von etlichen Massnahmen auch bei der EU insistieren wird, dass rigorosere Vorschriften zur Senkung der Feinstaub-Belastung getroffen werden, genauso könnte es auch auf kantonaler Ebene förderlich sein, wenn von den Gemeinden her klar Bedürfnisse und Forderungen gestellt werden.

Sie merken, dass die Alternative / SGA Baar mit der Antwort des Gemeinderates auf unsere Fragen nicht zufrieden ist. Sie ist zu oberflächlich ausgefallen, wenig engagiert und geht zu wenig auf die Problematik ein. Die Antwort entspricht auch nicht der Verantwortung des Gemeinderates für die Gesundheit der Bevölkerung. Aber mit dem letzten Satz bin ich voll einverstanden und darum will ich ihn im Sinne eines konstruktiven Abschlusses nochmals zitieren: "Alle können durch ihr Verhalten mithelfen, die Feinstaubbelastung zu reduzieren."

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich möchte mich gegen Vorwürfe verwahren, dass wir Schuld sind, wenn jemand krank wird, von was auch immer. Auch dagegen, dass der Gemeinderat zuwenig unternimmt. Wir stehen zu unserer Antwort.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative / SGA Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Die Antwort wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Traktandum 11

Beantwortung der Interpellation der Baarer Ortsparteien betreffend Zugerbieter

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Baarer Ortsparteien reichten dem Gemeinderat am 9. Mai 2006 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut ein:

"Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates

INTERPELLATION "ZUGERBIETER"

I Ausgangslage

Seit 2006 erscheint der Zugerbieter zusammen mit der Zuger Presse. Damit verbunden war eine sanfte Überarbeitung des Layouts. 2004 wechselte zudem die Chefredaktion, was bezüglich Inhalt und Gestaltung spürbar war.

Die Bedeutung des Zugerbieters für das politische Leben in Baar - insbesondere in Anbetracht des Festhaltens am Gemeindeversammlungsmodell - und auch die finanzielle Unterstützung des Zugerbieters durch die Gemeinde Baar ist bei den politischen Parteien zur Zeit unbestritten. Die Unterzeichnenden sind mit dem neuen Zugerbieter jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zufrieden:

Seit der Zusammenführung mit der Zuger Presse fehlt der Zeitung ihr eigenständiges Profil.

Die Gemeinde Baar ist in der neuen Zuger Presse (ohne Zugerbieter), welche in den andern Zuger Gemeinden verteilt wird, kaum mehr präsent. Umgekehrt bekommen die Baarer Leser einen Teil der Zuger Presse, den ersten Bund mit Informationen aus den andern Gemeinden, nur gegen Bezahlung eines Abonnements zugesandt.

Die Zukunft des Zugerbieters scheint fraglich bzw. abhängig von der Subventionierung durch die Gemeinde Baar. Dabei entsteht der Eindruck, dass das Inseratepotential in Baar kaum ausgeschöpft wird.

II Fragen

1. Welche Beiträge bezahlt die Gemeinde Baar an den Zugerbieter jährlich (2000 bis 2005)? Welche Gegenleistungen sind vereinbart?
2. Teilt der Baarer Gemeinderat die Sorgen der Unterzeichnenden bezüglich Qualität und Ausrichtung des Zugerbieters bzw. dessen weitere Zukunft? Steht der Gemeinderat mit dem Verleger diesbezüglich in Verhandlungen? Kann sich der Gemeinderat eine erneute Trennung von Zugerbieter und Zuger Presse vorstellen?
3. Gibt es Alternativen zur Zusammenarbeit mit der Neuen Luzerner Zeitung AG? Wurde geprüft, mit einem andern Verleger zusammenzuarbeiten?
4. Ist ein Kauf des Titels „Zugerbieter“ durch die Gemeinde denkbar und in den Augen des Gemeinderates sinnvoll?
5. Gibt es weitere Überlegungen des Gemeinderats zur Sicherung des Zugerbieters als Baarer Lokalblatt? Ist der Gemeinderat bereit, den heutigen Informationsfluss gemäss Artikel 8 der Gemeindeordnung weiterhin zu gewährleisten?

Martin Pfister, Präsident CVP; Maja Dübendorfer Christen, Präsidentin FDP; Alois Gössi, Präsident SP; Beni Langenegger, Präsident SVP und Anna Lustenberger, Vertreterin SGA"

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat die Interpellation der Verlegerin des Zugerbieters, der Neuen Luzerner Zeitung AG, Luzern, zum Mitbericht zugestellt. Im Schreiben vom 22. Mai 2006 teilt diese mit, dass die Neuerscheinung des Zugerbieters aufgrund der Übernahme der Mehrheit an der Zuger Presse durch die LZ Medien Holding erfolgt ist. Dies hatte nebst der Modernisierung des Layouts auch die Ergänzung des 2. Bundes der Zuger Presse zur Folge. Bezüglich Umfangs des Baarer Teils und des Inhaltskonzeptes seien keinerlei Änderungen erfolgt. Die Bemerkung der Interpellanten, dass die Gemeinde Baar in der neuen Zuger Presse kaum mehr präsent ist, wird dementiert. Richtig sei, dass dies in gekürzter Form erfolge, allein schon deshalb, weil die Zuger Presse nur noch einmal und nicht mehr wie früher dreimal wöchentlich erscheine. Es bestehe aber die Möglichkeit, die Zuger Presse zum Vorzugspreis von CHF 44.– zu abonnieren.

Weiter wird von der Verlegerin festgehalten, dass es sich bei der Beteiligung der Gemeinde am Zugerbieter nicht um eine Subventionierung, sondern um die Bezahlung des für die Gemeinde im Zugerbieter zur Verfügung gestellten Raums handle. Würde der offizielle Preis für eine Inserateseite verlangt, würde dies bei 45 Ausgaben rund CHF 260'000.– oder CHF 5'764.– pro Seite betragen.

Der Gemeinderat hat die Ausführungen der Verlegerin zur Kenntnis zu nehmen. Der Zugerbieter kann dieses Jahr auf ein 100-jähriges Erscheinen zurückblicken. Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass die Baarer Bevölkerung über die Geschehnisse in der Gemeinde auch weiterhin aktuell informiert werden kann. Der Zugerbieter ist daher ein sehr geschätztes und wichtiges Kommunikationsmittel. In anderen Gemeinden fehlt ein solches Medium. Die einzelnen Fragen beantwortet der Gemeinderat wie folgt:

1. Welche Beiträge bezahlt die Gemeinde Baar an den Zugerbieter jährlich (2000 bis 2005)? Welche Gegenleistungen sind vereinbart?

In den letzten Jahren hat die Gemeinde Baar an den Zugerbieter folgende Beträge ausgerichtet:

Jahr	Bezahlter Betrag:	Im Budget:
2000	CHF 120'000.–	CHF 70'000.–
2001	CHF 140'000.–	CHF 120'000.–
2002	CHF 191'000.–	CHF 150'000.–
2003	CHF 192'000.–	CHF 180'000.–
2004	CHF 191'000.–	CHF 190'000.–
2005	CHF 191'000.–	CHF 190'000.–

(Die Beträge sind gerundet.)

Wie der Übersicht entnommen werden kann, musste der Gemeinderat aufgrund von veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen bei der Verlegerin wiederholt mehr Geld als budgetiert für den Zugerbieter aufwenden. Dies jeweils nach Gesprächen mit den Herausgebern, welche die weitere Herausgabe des Mediums von der Einnahmenseite (mindestens kostendeckend) abhängig machten. Das letzte Mal mit der Vereinbarung vom 20. März 2002, wonach sich die Gemeinde verpflichtete, zusätzlich CHF 60'000.– an die Produktionskosten der Zeitung zu bezahlen. Als nicht verlangter Gegenwert wurde seitens der Verlegerin eine viermalige Ausgabe der Rathauspost angeboten. Die Gemeinde Baar erhält zudem seit 2002 in jeder Ausgabe die ganze Seite 5 für Mitteilungen. Wird der Umfang überschritten, kann zusätzlich ¼ der Seite 4 kostenlos verwendet werden. Wird mehr Platz benötigt, ist der entsprechende Anzeigetarif zu bezahlen. Auf dieses Angebot hat die Gemeinde in den letzten Jahren bewusst verzichtet, um die Kosten nicht zu erhöhen. Die Gemeindeseite (inkl. Rathauspost) kostete im Jahr 2005 bei 47 Ausgaben CHF 4'074.10. Dieser Preis liegt unter den normalen Inseratekosten pro Seite von CHF 5'764.–.

2. Teilt der Baarer Gemeinderat die Sorgen der Unterzeichnenden bezüglich Qualität und Ausrichtung des Zugerbieters bzw. dessen weitere Zukunft? Steht der Gemeinderat mit dem Verleger diesbezüglich in Verhandlungen? Kann sich der Gemeinderat eine erneute Trennung von Zugerbieter und Zuger Presse vorstellen?

Der Gemeinderat hat dieses Jahr bereits drei Gespräche mit der Verlegerin geführt. Bereits vor der Eingabe der Interpellation wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, die Qualität und die Erscheinungsform des Zugerbieters zu verbessern. In der Qualität haben sich nach der Beurteilung der letzten Ausgaben sicher Fortschritte eingestellt. Zu einer Qualitätssteigerung können aber auch die Ortsparteien beitragen. Dies haben sie mit dem am 31. Mai 2006 erschienenen „Parteienforum“ bereits unter Beweis gestellt. Eine erneute Trennung von Zugerbieter und Zuger Presse kann sich der Gemeinderat nur vorstellen, wenn sich der Mehrpreis in einem vertretbaren Rahmen bewegt.

Der Verlag hingegen hat hier eine andere Meinung und wird aus wirtschaftlichen Gründen keine Änderungen am heutigen Konzept vornehmen. Dies wurde im Schreiben vom 22. Mai 2006 ausgeführt. Der Verlag hat die Absicht, Baar und Allenwinden weiterhin mit einer Lokalzeitung zu versorgen.

Auf eine nochmalige Anfrage des Gemeinderates hin teilte der Verlag am 01. Juni 2006 mit, dass er sich folgende zwei Varianten vorstellen könnte.

Variante A: Der Zugerbieter und die Zuger Presse werden separat in Baar und Allenwinden verteilt. Diese Variante würde für die Gemeinde Mehrkosten von ca. CHF 180'000.– bis 190'000.– jährlich generieren.

Variante B: Der Zugerbieter würde als dritter Bund in eine vollständige Zuger Presse eingesteckt und in Baar und Allenwinden verteilt. Die Mehrkosten würden sich hier auf ca. CHF 115'000.– bis 125'000.– pro Jahr belaufen.

Der Gemeinderat hat die beiden Varianten diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass diese Mehrkosten in keinem Verhältnis zum Mehrertrag stehen. Daher wird die heutige Form der Herausgabe und Verteilung beibehalten.

3. Gibt es Alternativen zur Zusammenarbeit mit der Neuen Luzerner Zeitung AG? Wurde geprüft, mit einem andern Verleger zusammenzuarbeiten?

Geprüft wurde ein regelmässiges Erscheinen eines gemeindlichen Mitteilungsblattes, wie es in anderen Gemeinden Brauch ist. Dies würde aber den Aktualitätsgrad und Informationsgehalt gegenüber heute enorm einschränken. Die Redaktion müsste von der Verwaltung besorgt werden. Bei einer zweimaligen Ausgabe pro Monat an alle Haushaltungen müsste für ein vier Seiten umfassendes Mitteilungsblatt gemäss einer Offertstellerin mit Kosten von ca. CHF 100'000.– bis 120'000.– gerechnet werden.

Die Offertstellerin erwähnte auch, dass sich eine wöchentlich erscheinende Zeitung in ähnlicher Form wie der frühere Zugerbieter (8 - 12 Seiten, 11'000 Exemplare) nicht rechnet. Sie empfiehlt, von einer solchen kostenintensiven Lösung Abstand zu nehmen.

Für den Gemeinderat gibt es daher im Moment keine Alternativen.

4. Ist ein Kauf des Titels "Zugerbieter" durch die Gemeinde denkbar und in den Augen des Gemeinderates sinnvoll?

Für den Gemeinderat wäre der Kauf des Titels "Zugerbieter" denkbar. Er hat jedoch die Antwort der Verlegerin bereits schriftlich erhalten, welche sich einen Verkauf nicht vorstellen kann. An dieser Stelle sei erwähnt, dass der "Zugerbieter" nie im Besitze der Gemeinde war, sondern immer von Privaten gedruckt und herausgegeben wurde.

5. Gibt es weitere Überlegungen des Gemeinderats zur Sicherung des Zugerbieters als Baarer Lokalblatt? Ist der Gemeinderat bereit, den heutigen Informationsfluss gemäss Artikel 8 der Gemeindeordnung weiterhin zu gewährleisten?

Für den Gemeinderat ist es eine Verpflichtung, die Baarer Bevölkerung nach wie vor in geeigneter Form umfassend zu informieren. Es darf gehofft werden, dass der Zugerbieter noch lange Bestand haben wird. Der Gemeinderat wird die weitere Entwicklung des Zugerbieters zusammen mit den Baarer Ortsparteien genau verfolgen.

Abschliessend sei nochmals erwähnt, dass dem Gemeinderat der Fortbestand des Zugerbieters am Herzen liegt. Daher wird er alles versuchen, gemeinsam mit der Verlegerin gute Lösungen im Interesse aller zu finden.

Martin Pfister:

Im Namen der Präsidentinnen und Präsidenten der Baarer Ortsparteien danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation. Wir haben diese Interpellation in Sorge um unsere Zeitung in Baar eingereicht. Wir sind überzeugt, dass sie gerade in unserer grossen Gemeinde, da wir kein Parlament kennen, als eine gute Zeitung und als kulturelle sowie politische Plattform von grosser Bedeutung ist. Wir sind selbstverständlich nicht gegen Veränderungen einer Zeitung, aber wir haben insbesondere im Zeitpunkt, als Zuger Presse und Zugerbieter fusioniert wurden, vermehrt Sorgen gespürt.

Wir haben die finanziellen Überlegungen des Verlags zur Kenntnis zu nehmen und können sie auch nicht widerlegen. Immerhin können wir hier festhalten, dass die Gemeinde Baar ein gewichtiger Inserent ist und dieses Gewicht sollte in den weiteren Verhandlungen mit dem Verlag auch in die Waagschale geworfen werden.

Wir sind der Ansicht, dass es sich lohnt, den erwähnten Betrag auch in Zukunft für diese unabhängige Zeitung einzusetzen. Wir werden die weitere Entwicklung des Zugerbieters kritisch und weiterhin in Sorge beobachten. Diese Zeitung ist weiterhin eine wichtige Informationsplattform. Wir bestärken den Gemeinderat in seinen Verhandlungen mit dem Verlag, auch immer mit Alternativen in den Verhandlungen präsent zu sein. Wir bestärken aber auch die Redaktion in ihrer Bemühung um eine starke Baarer Presse und danken ihnen für die Arbeit. In diesem Sinn wünschen wir dem Zugerbieter zu seinem 100. Geburtstag alles Gute!

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich weise darauf hin, dass die Zuger Presse früher dreimal pro Woche erschien und man ein Abonnement für CHF 200.– bis 300.– dafür lösen musste. Heute kann man sie für CHF 44.– haben, einmal pro Woche. Darum die Hälfte des Abos, da der zweite Bund in unseren Zugerbieter eingeschoben ist. Wenn Leute reklamieren, es sei nicht mehr der Zugerbieter von früher, so kann ich Ihnen den guten Rat geben: Nehmen Sie den zweiten Bund heraus und werfen sie ihn ins Altpapier! Dann haben Sie wieder den Zugerbieter von früher.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Baarer Ortsparteien sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Die Interpellationsantwort wird zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung offeriert die Einwohnergemeinde den Anwesenden einen Apéro.